



Es gab zu feiern bei den kantonalen Wahlen

Wir Grünen sind erstarkt!

Schwerpunkt	2/3	Kanton	6
Das Co-Präsidium der Grünen blickt auf die Grossrats-/Regierungswahlen zurück.		Die neue Verfassung steht zur Abstimmung. Wir wollen keinen Demokratieabbau.	
Abstimmung	4	Stadt	9
Die 5. IV-Revision bringt viele Verschlechterungen. Wir sagen Nein.		Gegen den Ausbau des Parkhauses am Kasernenplatz gilt es einzutreten!	

Editorial

Taten statt heisse Luft

Michael Töngi, Co-Präsident Grüne Luzern, Kriens

Wir haben gewonnen. Eindeutig. Mit einem Zuwachs von 1,7 Prozent und drei Sitzen im Grossen Rat haben die Grünen nach 1987 das beste Resultat erzielt. Rosa Rumi hat im 1. Wahlgang sogar den SVP-Regierungsrat überholt und mit ihrem 2. Wahlgang viel bewegt.

Das tut der Partei gut. An Versammlungen tauchen neue Gesichter auf, die Arbeit verteilt sich auf mehr Schultern, und vieles geht «ringer» als auch schon. Das ist eine gute Ausgangslage für die Herbstwahlen – den Nationalratssitz zu halten ist für uns Grüne Luzern jeweils ein Kraftakt.

Wie gut das Resultat der Grossratswahlen der Umwelt und dem Klima tut, ist weniger klar. Die verstärkte grüne Fraktion wird dafür sorgen, dass Umweltthemen im Rat mehr Gewicht erhalten. Aber die Lager im Kanton sind praktisch gleich gross geblieben. Ohne ein Umdenken bei CVP und FDP haben echte Fortschritte in der Klimafrage im bürgerlich-konservativen Kanton Luzern weiterhin keine Chance.

Die Signale der bürgerlichen Parteien sind widersprüchlich: Die FDP setzt noch immer

wortreich auf Eigenverantwortung, und auf Bundesebene hat sie mit ihrer Forderung, das Verbandsbeschwerderecht abzuschaffen, gerade wieder gezeigt, wie egal ihr Klima und Umwelt sind. Die kantonale CVP hat bei der Energiedebatte im letzten Herbst immerhin einige Anliegen mitgetragen und unterstützt auch unsere Initiative «Weg vom Öl».

Die Nagelprobe wird aber das neue Parlament bestehen müssen: In den nächsten Jahren folgen verschiedene wichtige energiepolitische Debatten. Wird man die Energievorschriften im Baubereich massiv verschärfen? Folgt endlich eine Abkehr von der strassenbaulastigen Verkehrspolitik? Gibt's Förderprogramme für erneuerbare Energien, die diesen Namen auch verdienen? Getraut sich unser Parlament – letztlich auch unsere Gesellschaft – die ungeliebte, aber nötige Diskussion über den Verzicht und über unsere verschwenderische Lebensgestaltung zu führen?

Hier stehen wir Grünen vor der Aufgabe, Brücken zu bauen und zu versuchen, mit aufgeklärten Bürgerlichen Koalitionen einzugehen – zu Gunsten einer echten Klimapolitik.



Nominationsversammlung zum 2. Wahlgang der Regierungsratswahlen vom 3. Mai 2007 im Hotel Anker.

Regierungsratswahlen

Ein Erfahrungsbericht

Rosa Rumi, Regierungsratskandidatin und Co-Präsidentin Grüne Luzern, Alberswil

Rosa Rumi berichtet über Erfahrungen und Erlebnisse, über Podien und Interviews, über Monopolzeitung und Lokalradios, über Unternährer und Schwerzmann und über Österreich und die Welt.

Vorher

Eine Frau sollte es sein, die für den Regierungsrat kandidiert, da waren wir uns im Vorstand einig. Ehrlich gesagt, ich hoffte lange, dass ich es nicht sein werde. Es gab Leute die es gut mit mir meinten und mich vor dieser Kandidatur warnten. Die Befürchtung, dass ich diese Herausforderung inhaltlich nicht schaffe, mischte sich allmählich mit dem Gefühl, dass ich das packen kann, dass ich das machen muss, vor allem dann, wenn keine andere Frau Interesse zeigt.

Erster Wahlgang

Der Wahlkampf vor dem ersten Wahlgang beschränkt sich weitgehend auf mediale Auftritte: Porträts in Radios und Zeitungen. Als vorteilhaft empfinde ich, dass alle Lokalradios dabei sind. Damit werden neue Leute angesprochen.

Aber insgesamt ist keine vertiefte Auseinandersetzung mit den Sachthemen möglich. Kurze und prägnante Antworten sind erwünscht. Immerhin sind ökologische Themen nicht mehr an den Rand gedrängt. Es gelingt mir, das Thema Regionalpolitik neu zu lancieren und zu besetzen. Mit unserem österreichischen Gast Josko Vlastic, der uns über eine energieautarke Region Güssing informiert, wird das alles realistisch belegt. Das bringt zusätzlich Publizität.

In den politischen Kommentaren werde ich als Sprengkandidatin oder Aussenseiterin bezeichnet. Das ist ja wohl legitim bei der Ausgangslage, wenn alle bisherigen RegierungsrätInnen wieder antreten. Was mich aber wirklich ärgert, sind die Kommentare, in denen ich überhaupt nicht erwähnt werde.

Am ärgerlichsten aber ist, dass unsere Monopolzeitung letztlich unablässig das eine Foto von einem Regierungsrat zeigt. Letztlich sind seine Vergehen, seine versuchten Erklärungen und seine Chancen das am meisten behandelte Thema.

Zweiter Wahlgang

Vor dem zweiten Wahlgang ist das eine Foto ganz aus den Zeitungen verschwunden und es ist endlich Wahlkampf. Insgesamt finden drei Podiumsdiskussionen statt. Jedes Mal ist das Thema Finanz- und Steuerpolitik gesetzt. Die zusätzlichen Themen sind die Entwicklung des Kantons, die Kinderbetreuung, die Sicherheit usw. Da ist kaum die Frage zur Ökologie. Ich habe es mir aber zur Aufgabe gemacht, dieses Thema immer einzuflechten, was nicht schwierig ist. Die anderen Kandidaten sind kaum darauf eingegangen. Immerhin sind beide der Meinung, dass in der Frage des Klimawandels übertrieben wird. Marcel Schwerzmann stellt die «man-made-Tatsache» absolut in Frage.

Jetzt fehlen mir die Zeitungskommentare, in denen die Auftritte von uns Kandidierenden qualifiziert werden. Ich selber unterlasse das hier ebenfalls, schliesslich wäre ich alles andere als objektiv in der Beurteilung meiner Kontrahenten.

Toll, dass das grüne Wahlkampfteam noch so voller Elan ist. Das beflügelt bis zum Schluss.

Nachher

Bei Redaktionsschluss ist der Wahlkampf zwar vorbei, nicht aber der Abstimmungssonntag. Ich beantworte immer wieder dieselbe Frage nach dem Wahlausgang: Man kann die Lage nicht einschätzen, fast alle können gewinnen, die Chance war noch nie so hoch, vielleicht wird es auch ganz schlecht, was ich aber eigentlich nicht glaube.

Jedenfalls war die Kandidatur eine absolut gute Erfahrung: herausfordernd, lehrreich und nicht ohne Nervenkitzel.



Nein zur 5. IV-Revision

Behinderte nicht behindern

Katharina Meile, Grossrätin Grüne, Luzern und Louis Schelbert, Nationalrat Grüne, Luzern

Die Sparziele der 5. IV-Revision treffen die Behinderten und ihre Familien. Gleichzeitig werden Kosten von der Versicherung in die Kantone und Gemeinden verschoben. Wer Eingliederung vor Rente will, muss entsprechende Arbeitsplätze garantieren.

Die IV muss saniert werden. Doch die 5. IV-Revision bürdet alle Lasten den Versicherten auf. So würden die laufenden Zusatzrenten für die Ehegatten behinderter Menschen gestrichen. Das bedeutet eine Reduktion des Renteneinkommens von 30 Prozent, und davon wären 80'000 Behinderte und ihre Familien betroffen. Viele Schwerbehinderte können dank ihren pflegenden Angehörigen selbstbestimmt zu Hause leben. Wird die Zusatzrente gestrichen, müssten viele von ihnen in ein Pflegeheim. Der schwerbehinderte Franz Wicki sagt deshalb: «Betroffene und Pflegende empfinden es als demütigend, so vom Staat im Stich gelassen zu werden.» Tatsächlich: Die geplanten Gesetzesänderungen gehen zulasten kostensparender Eigeninitiative. Das ist der falsche Weg.



Massiver Sozialabbau

Ebenfalls gestrichen würde der Rentenzuschlag für junge (vor dem 45. Altersjahr), lebenslang Behinderte. Dieser so genannte «Karrierezuschlag» sichert, dass lebenslang behinderte Menschen nicht ein Leben lang auf der Minimalrente sitzen bleiben. Der Kinderzuschlag auf Taggeldern würde um zwei Drittel gekürzt, ausserdem würden die medizinischen Massnahmen für Personen ab dem 20. Altersjahr nicht mehr durch die IV

übernommen. Insgesamt würden diese Massnahmen einen Sozialabbau von 300 Mio. Franken ausmachen – wie wenn die Behinderten auf Rosen gebettet wären und selbst schuld wären an ihrem Schicksal. Die IV-Minimalrente ist gleich hoch wie die AHV-Minimal-

«Die IV-Revision ist nicht im Gleichgewicht: Finanzierung und Schuldenanierung fehlen, psychisch und sozial Handicaperte werden benachteiligt, und viele Menschen mit reduzierter Leistungsfähigkeit sind neu auf Sozialhilfe angewiesen. Dies belastet die Städte und Gemeinden zusätzlich.»



Ruedi Meier, Sozialdirektor der Stadt Luzern

rente, das sind rund 1'100 Franken. Auch die Maximalrenten sind gleich und betragen rund 2'200 Franken. Da sind flankierende Verbesserungen ein Muss und nicht abzuschaffen!



Worte statt Taten

Die Revision bringe «Eingliederung vor Rente», behaupten die Befürworter. Tatsache ist, dass dieser Grundsatz seit der Einführung der IV gilt. Bis auf den Tag wurde er nicht umgesetzt, und auch die 5. IV-Revision bringt uns diesem Ziel nicht näher. Die Integration von Behinderten kann nur gelingen, wenn die Betriebe bereit sind, entsprechende Arbeitsplätze zu schaffen. Freiwillig haben sie das bislang nicht getan, und das neue Gesetz verschont sie weiterhin vor einer Verpflichtung. Ohne eine solche bleibt die Integration aber ein frommer Wunsch und ein leeres Versprechen.

Scheineinsparungen

Die über den Sozialabbau bei der Versicherung eingesparten Mittel werden der öffentlichen Hand nicht einfach zur Verfügung ste-

hen. Denn ohne Integration in die Arbeitswelt werden die Kosten zur wirtschaftlichen Sozialhilfe, d.h. in die Kantone und Gemeinden verschoben. BSV-Direktor Yves Rossier verneint zwar diesen Zusammenhang, kann sich aber auf keine Studie stützen. «Die Erfahrungen zeigen», sagt unser Luzerner Stadtrat Ruedi Meier, «dass massive Verschiebungen stattfinden.» Dasselbe sagen auch Monika Stocker, Stadträtin in Zürich, und weitere Sozialdirektoren und -vorsteher.

Ungesicherte Finanzierung

In Sachen IV-Finanzierung sind sich die Parteien SVP, FDP und CVP verblüffend einig. Obwohl klar ist, dass die aufgelaufenen Schulden von rund 9 Mrd. Franken dringend getilgt werden müssten und die jährlichen Defizite strukturell bedingt sind, wird die Lösung der Finanzprobleme auf die lange Bank geschoben. Die äusserste Rechte würde die IV am liebsten abschaffen. Ihr zufolge reicht die wirtschaftliche Sozialhilfe für die Menschen, die nicht (mehr) arbeiten können. Die so genannten Mitteparteien halten sich bis auf den Tag alle Optionen offen. Deshalb muss die 5. IV-Revision auch als Angriff auf die IV überhaupt verstanden werden.

Aushöhlung des Datenschutzes

Die Bemühungen von Hausärzten zur Eingliederung von Menschen mit Behinderung werden durch die vorgesehene Aushöhlung des Datenschutzes behindert. Der Grundsatz «Eingliederung vor Rente» droht zum Vorwand für schikanöse Kontrollen zu werden. Problematisch ist, dass ein so genanntes Frühwarnsystem eingeführt wird, die Betroffenen aber keinen Kündigungsschutz geniessen. Wer «früherkannt» wird und in die der IV vorgelagerte Mühle kommt, dessen Anstellung ist ohne flankierenden Schutz gefährdet. Da kennt der «Markt» kein Pardon, schon gar nicht in der nächsten wirtschaftlichen Krise.

Alle Selbsthilfeorganisationen dagegen

BefürworterInnen sagen, die 5. IV-Revision liege im Interesse der Behinderten. Das ist zynisch. Die Selbsthilfeorganisationen der Menschen mit Behinderung sind alle gegen die 5. IV-Revision. Müssen sich die Behinderten von bürgerlichen Besserwissern sagen lassen, was gut für sie ist? Der blinde Martin Näf zum Beispiel sagt: «Wir Blinden, wir psychisch, körperlich oder Hörbehinderten wehren uns gegen das Aushöhlen dieses Sozialwerks.» Er kennt die drohenden Folgen genau.

Im Luzerner Komitee Nein zur 5. IV-Revision sind die sozialen, fortschrittlichen Parteien CSP, Grüne, SP, Junge Grüne und Juso



vereinigt mit dem Behindertenforum Zentralschweiz, dem Blindenverband, Gewerkschaften und weiteren Organisationen. Schweizweit treten über sechzig Verbände und Organisationen gegen die Verschlechterung des IV-Gesetzes an.

Abstimmungsparole

5. IV-Revision

NEIN



BE Netz AG Luzern plant ganzheitlich und baut

- Solaranlagen für Warmwasser und Strom
- Pelletskessel und Pelletsofen, Stückholzheizungen
- Wärmepumpen
- Moderne energiesparende Haustechnik
- Energieberatungen für Umbauten

Im info-heiz-center können wir Ihnen alle Kessel in Betrieb zeigen. Sie bekommen bei uns alles aus einer Hand, die Beratung, die Planung und die Installation. Umfangreiche Referenzlisten zeigen Ihnen unsere Stärken.

Rufen Sie uns heute noch an,
unser Team freut sich auf ihren
Anruf 041 410 40 70

BE | NETZ

Bau und Energie
BE Netz AG
Bernstrasse 57a
6003 Luzern
info@benetz.ch / www.benetz.ch

Die neue Kantonsverfassung

Nur eine schöne Verpackung

Peter Lerch, Grossrat Grüne, Luzern

Die Verfassung der Kantons Luzern ist alt, und das sieht man ihr auch an. Wesentlich ist aber ihr Inhalt und nicht die Form. Zur Modernisierung der Verfassung hat der Regierungsrat eine Kommission eingesetzt.

Das Resultat ihrer Arbeit, unter Ausschluss der Öffentlichkeit erarbeitet, war zwar kein grosser Wurf, aber akzeptabel. Die von der Regierung und der Parlamentsmehrheit vorgenommenen Änderungen verschlechterten jedoch den Entwurf massiv.

Bereits die Verfassungskommission leitete mit ihrem Entwurf einen Abbau der Volksrechte ein. Sie schaffte das Recht auf eine Standesinitiative der Bevölkerung ab, ebenso die Unterstellung von Grossratsbeschlüssen unter das Referendum durch eine Parlamentsminderheit, und sprach der Regierung unbeschränkte Kompetenzen bei Grundstücksgeschäften zu.

Änderungen von Regierungsrat und Grosse Rat

Der Regierungsrat setzte danach den Demokratieabbau fort und foutierte sich dabei um das Ergebnis der Vernehmlassung. Er setzte unter anderem die Schranke für das obligatorische Referendum gegenüber dem Kommissionsentwurf um fünf Millionen Franken herauf, strich die Möglichkeit der Parlamentsabberufung und das konstruktive Referendum und kürzte den Grundrechts- und den Aufgabenteil auf kümmerliche Reste zusammen.

Die Parlamentsmehrheit richtete noch mehr Schaden an und sprach sich zum Beispiel gegen das Öffentlichkeitsprinzip aus. Dafür führte sie das fragwürdige Instrument des Gemeinde(rats)referendums ein und schrieb das absolute Primat der Finanzen in die Verfassung.



Kurz und inhaltslos

Das Resultat ist die kürzeste und inhaltsloseste aller Kantonsverfassungen. Bei ihrer Annahme würde die Verfassung zu einem deutlichen Abbau bei den demokratischen Rechten führen und das Niveau der anderen Kantone bei weitem nicht erreichen. Man kann heute vom Staat durchaus erwarten, dass er Petitionen der Bevölkerung beantworten muss, dass seine Tätigkeit nicht grundsätzlich der Geheimhaltung untersteht und dass er für Schäden haftet, die er gesetzeswidrig zugefügt hat. Die geltende Verfassung, die seit 1875 mehrmals revidiert wurde, ist zugegebenermassen kein elegantes, stromlinienförmiges Werk. Sie stellt aber einen ausbalancierten Kompromiss dar. Vom Verfassungsentwurf, der von drei der fünf Fraktionen im Grosse Rat geschlossen abgelehnt wurde, kann dies nicht gesagt werden. Und: In der neuen Verfassung drückt sich die Angst des Staates vor seiner Bevölkerung aus (Stichwort Demokratieabbau).

Aus diesen Gründen lehnen wir Grüne die neue Kantonsverfassung ab. Dadurch wird ein Abbau der Volksrechte verhindert, und der Kanton verbaut sich nicht auf Jahrzehnte hinaus den Weg zu einer zeitgemässen Verfassung.

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Abstimmungsparole

Verfassung des Kantons Luzern

NEIN

Ja zum Gesetz über soziale Einrichtungen

Heutige Ansprüche werden erfüllt

Katharina Meile, Grossrätin Grüne, Luzern

Das neue Gesetz über soziale Einrichtungen (SEG) wird das bisherige Heimfinanzierungsgesetz ersetzen. Es regelt die Planung, Steuerung und Finanzierung des Angebots im Behinderten- und Sonderschulbereich. Das neue Gesetz ist nötig – die Umsetzung aber werden wir kritisch verfolgen.

Die verbesserte Planung und Steuerung soll mit einem mehrjährigen Bedarfsbericht (der dem Grossen Rat zur Kenntnisnahme vorgelegt werden muss) über das Angebot im Kanton Luzern erreicht werden. Aufgrund dieses Berichts soll dann die Anerkennung der Institutionen erfolgen, die einen Leistungsauftrag erhalten. Die Institutionen haben Kriterien zu erfüllen wie zum Beispiel, dass sie über das nötige Fachpersonal und über geeignete Instrumente zur Entwicklung und Sicherung der Qualität verfügen. Die Anerkennung der Institutionen wird von der neuen Kommission für soziale Einrichtungen geprüft und vergeben. Für die detaillierten Leistungsvereinbarungen ist das Gesundheits- und Sozialdepartement zuständig.

Die Vereinbarungen werden jährlich verhandelt und beinhalten die zu erbringenden Leistungen und die Leistungspauschalen. Die Leistungspauschalen werden in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Denn neu soll die Finanzierung der sozialen Einrichtungen nicht mehr über nachschüssige Betriebsdefizitdeckung, sondern mittels gegenwärtigen Leistungsabgeltungen erfolgen. Diese Praxis wird vom interkantonalen Recht verlangt, ist zeitgemässer und kostentransparenter. Die sozialen Einrichtungen bekommen neu auch das Recht, Eigenkapital in Form von Rücklagen zu bilden und über diese im Rahmen ihrer Zweckbestimmung frei zu verfügen. Dies ist im Vergleich zum heutigen Gesetz ein Fortschritt.

Viel Kompetenz für Kommission

Die neue Kommission für soziale Einrichtungen besteht hälftig aus Gemeinde- und KantonsvertreterInnen. Sie bekommt viel Kompetenz bei der Gestaltung der Institutionenlandschaft, was kritisch zu verfolgen ist. Um Interessenkonflikte zu vermeiden, sollen die Institutionen und die betroffenen Organisationen keinen Einsitz nehmen. Die Kommissi-

on hat aber die Pflicht, die sozialen Einrichtungen und die betroffenen Organisationen vor Stellungnahmen zu Verordnungen, Kostenbeteiligungen usw. anzuhören. Ebenso können die Institutionen direkt beim Regierungsrat Stellung zum Planungsbericht nehmen.

Schlichtungsstelle

Eine wichtige Neuerung bringt die Schlichtungsstelle. Sie behandelt Streitigkeiten aus einem Betreuungsverhältnis und kann von der betreuungsbedürftigen Person oder der sozialen Einrichtung angerufen werden. Entstehen schon im Aufnahmeverfahren Uneinigkeiten, bzw. kommt kein Vertrag zwischen der betreuungsbedürftigen Person und der Institution zustande, kann die Person die vom Regierungsrat bezeichnete kantonale Stelle (voraussichtlich das kantonale Sozialamt) kontaktieren, damit diese prüft, ob die Institution zur Aufnahme verpflichtet werden kann.

Mit dem neuen Gesetz über soziale Einrichtungen werden die heutigen Ansprüche erfüllt, das neue Bundes- und das interkantonale Recht werden umgesetzt. Planung, Steuerung und Finanzierung des Angebots werden optimiert. Für den Leistungsbezüger, d. h. die betreuungsbedürftige Person, wird sich nicht viel ändern.



Abstimmungsparole

Gesetz über soziale Einrichtungen (SEG)

JA

für sie «gut zum druck»

g e g e n d r u c k _ G m b H

_offsetdruckerei _t 041 360 82 70



Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Bildung

Nachdenken über Bildungsfragen

Nino Froelicher, Grossrat Grüne, Kriens

Während sich der Grosse Rat und die Medien zurzeit gegenseitig in schwarzer Pädagogik überbieten und Positionen offenen, die Erziehungsschriften des 18. und 19. Jahrhunderts entliehen zu sein

scheinen (Schriften wie «Der Schmerz als natürliche Erziehung» [1785], «Das Zeugnis, eine nützliche Erfindung» [1789] oder «Verwöhnen, verzärteln, verzeihen: ein bedenkliches Kleeblatt» [1887]), hat die Arbeitsgruppe Bildung der Grünen Luzern ihre Tätigkeit vor rund einem Jahr wieder aufgenommen.

Wir verstehen Bildung und das Nachdenken über Bildung als relativ unaufgeregte Daueraufgabe. Statt Nationalhymnen-Gesang, Schuluniform-Einführung und Eltern-

abend-Obligatorium zuoberst auf die Agenda zu setzen, fragen wir kontinuierlich nach den Voraussetzungen, unter denen beispielsweise das Ziel «Bildung für alle» in Stadt und Kanton erreicht werden kann.

Wir fragen unter anderem nach den Rahmenbedingungen, die es braucht, damit das Bildungsziel «Zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe» erreicht werden kann. Wir fragen nach den nötigen Rahmenbedingungen im sonderpädagogischen Bereich, damit die integrative Förderung gelingen kann (die integrative Förderung ist im Projekt «Schule mit Zukunft» vorgesehen, ebenso in der Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich).

Bis anhin bestand die Arbeitsgruppe aus einem Kern von

sechs Leuten, die sich in wechselnder Zusammensetzung trafen: Fachleute und Interessierte aus der Partei oder ihrem Umfeld, MandatsträgerInnen aus dem Grossen Stadtrat, dem Grossen Rat und der Schulpflege.

Wir sind nicht viele, möchten mehr werden. Die Zeichen stehen gut, das Thema Bildung und Erziehung bewegt, und nach dem Erfolg bei den Grossratswahlen möchten wir gern unseren Kreis erweitern. **Deshalb laden wir die LeserInnen herzlich ein, sich für eine Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zu melden.**

Die **Arbeitsgruppe Bildung** der Grünen Luzern trifft sich viermal im Jahr in einer zentral gelegenen Institution in Luzern. Die Sitzungen finden jeweils an einem Montag Abend ab 18:30 Uhr statt. Interessierte wenden sich am besten an Nino Froelicher:
martino.froelicher@viastoria.ch oder
Telefon 041 310 94 76.

Anmerkung: Unsere Arbeitsweise ist grundsätzlich integrativ – separativ würden wir erst ab zwanzig Anmeldungen.



PATRICK STEINER



**PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN**

**LUZERNERSTR. 33C
6010 KRIENS
TEL. 079 650 79 42**

Ausbau des Parkhauses am Kasernenplatz

Auslasten statt aufstocken

Alain Greter, Mitglied städtischer Vorstand, Luzern

Die Parkhaus Luzern-Zentrum AG will ihr Gebäude am Kasernenplatz um zwei Geschosse aufstocken und die Anzahl Parkplätze um 106 erhöhen. Die Grossstadtratsfraktion und der städtische Vorstand haben gegen die Änderungen im Zonen- und Bebauungsplan, die dafür nötig sind, das Referendum ergriffen und knapp 1000 Unterschriften gesammelt. Da die Parkhaus-Erweiterung bereits am 17. Juni 2007 zur Abstimmung kommt, steckt die Arbeitsgruppe mitten in der Abstimmungsvorbereitung.

Die Aufstockung des Parkhauses Luzern-Zentrum war Teil der Aufgabenstellung im Wettbewerbsverfahren für den Neubau der Universität am Kasernenplatz. Obwohl das neue Uni-Gebäude im Briefpostzentrum eingebaut wird, drängt der Stadtrat auf einen schnellen Ausbau des Parkhauses. Die Erweiterung um 106 Parkplätze sei primär eine Kompensation für die 35 Plätze, die am Mühlenplatz aufgehoben werden sollen. Ferner liege das Parkhaus – neben der Autobahnausfahrt und am Rand der Altstadt – geradezu ideal, argumentiert der Stadtrat weiter. Wir haben genauer hingeschaut und diese Argumente widerlegt.

Schlechte Auslastung

Das Parkhaus Luzern-Zentrum ist meistens schlecht ausgelastet: Im Durchschnitt erreicht die Auslastung keine 30 Prozent. Die letzten verfügbaren Statistiken zeigen überdies sinkende Belegungszahlen. Demnach besteht kein Bedarf, 106 zusätzliche Parkplätze anzubieten. Selbst wenn die Parkplätze am Mühlenplatz aufgehoben werden, reicht die Kapazität des bestehenden Angebotes aus. Im Weiteren ist das Kompensationsverhältnis nicht nachvollziehbar. Weshalb werden für die 35 Parkplätze, die auf dem Mühlenplatz aufgehoben werden, gleich dreimal mehr im Parkhaus erstellt? Diese willkürliche Kompensation erfüllt die eidgenössische Luftreinhalteverordnung nicht, weil sie Mehrkapazitäten schafft. Zudem zeigen Beispiele aus anderen Städten, dass eine Kompensation im Verhältnis 1:1 absolut üblich ist. Wir verzichten gerne darauf, ein schlecht ausgelastetes Parkhaus mit Geldern aus der Stadtkasse grosszügig auszubauen.

Gestaltung Kasernenplatz

Der Kasernenplatz ist eine städtebauliche Wunde, die durch frühere Fehlentscheide geschaffen wurde. Spätestens seit der Debatte um den Universitätsstandort ist dies auch einer breiten Bevölkerungsschicht bewusst. Die begonnene Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) eröffnet eine aussergewöhnliche Chance: Die städtebauliche Situation kann sorgfältig überprüft und als Ganzes aufgewertet werden. Nun soll während der laufenden Revision das bereits heute sehr dominante Parkhaus von sechs auf acht Geschosse erhöht werden. Dieser Ausbau kommt einer stadtplanerischen Kapitulation gleich. Wir fordern zumindest eine Verschiebung der geplanten Erweiterung bis zum Abschluss der BZO-Revision.

Ein ausführliches Argumentarium ist auf unserer Website www.gruene-luzern.ch einsehbar.

Im Grossen Stadtrat war die Erweiterung umstritten, und sie wurde knapp mit 25 Ja zu 21 Nein angenommen. Daher rechnen wir uns gute Chancen aus, die Abstimmung zu gewinnen. Die Vorbereitung der Kampagne läuft auf Hochtouren und wird einiges kosten. Spenden auf unser Konto sind daher sehr willkommen.

(Städtischer Vorstand, PC: 60-745116-2, Vermerk: Parkhaus).
Herzlichen Dank!



2 STOCKWERKE MEHR

NEIN

ZUR ÄNDERUNG IM ZONENPLAN

Grüne · Junge Grüne · CSP · CHance21 · JUSO
STATTautoBAHN · VCS Luzern · umverkehr

Abstimmungsparole

Parkhaus Luzern-Zentrum

NEIN

Fusion von Luzern und Littau

Alles fliesst, fast immer

Hans Stutz, Grossstadtrat, Luzern

Die Agglomeration Luzern ist in den vergangenen Jahrzehnten zu einem zusammenhängenden Lebensraum gewachsen. Die Grenzen zwischen den einzelnen Gemeinden sind nicht mehr klar ersichtlich, doch noch immer versuchen die Gemeinden, die Probleme für sich allein zu lösen.

Jede Gemeinde sucht Lösungen, sei es in der Verkehrs-, Umwelt-, Kulturpolitik oder in der Siedlungspolitik. Dies führt zu suboptimalen Lösungen, zu zersiedelten Landschaften, da jede Gemeinde ihre eigenen Gewerbe- und Dienstleistungszonen ausscheidet. Aktuelles Beispiel: Das geplante Ebisquare-Zentrum hat Auswirkungen auf die ganze Agglomeration, doch die Ebikoner StimmbürgerInnen entscheiden allein.

So weit, so unbefriedigend. Die geplanten Gemeindegemeinschaften verbessern die Lösungsmöglichkeiten, doch die politischen Auseinandersetzungen für eine ökologischere und sozialere Gesellschaft werden weitergehen müssen. Alles fliesst, fast immer.

Fazit

Es muss politisch zusammenwachsen, was gesellschaftlich, kulturell, sozial und wirtschaftlich bereits zusammengehört. Die Fusion Littau-Luzern ist ein erster Schritt dazu.

Nun wird von den GegnerInnen der Fusion Luzern-Littau ein angeblicher Demokratieabbau beklagt, nach dem Motto: je kleiner die Gemeinde, desto demokratischer die Verhältnisse. (Wer so etwas behauptet, kennt die Zwänge der Abhängigkeiten in den Dörfern nicht.) Die Qualität der Demokratie lässt sich – vor allem in zusammengewachsenen Siedlungsgebieten – nicht an der Zahl der StimmbürgerInnen messen.

Die Demokratiequalität ergibt sich aus den demokratischen Mitteln, die auch kleineren und schwächeren Bevölkerungsgruppen zur Verfügung stehen. Die Stadt Luzern kennt – im Gegensatz zu Littau – das Mittel der Volks-



motion, mit welcher bereits 100 Stimmberechtigte dem Parlament einen Antrag stellen können. Das Parlament behandelt den Vorstoss wie eine Motion eines seiner Mitglieder. Im übrigen werden im Jahr 2010 die neu gewählten StadtparlamentarierInnen eine neue Gemeindeordnung ausarbeiten, die anschliessend von den StimmbürgerInnen genehmigt werden muss. Auch nach der Fusion werden die Grünen und die Jungen Grünen weiter für eine ökologische und soziale Gesellschaft kämpfen müssen. Alles fliesst, fast immer.

Learn English

www.english-on-dartmoor.com
in einem Landhaus in Devon
**Eintauchen in die Sprache
und in die Landschaft**

Das Angebot
Tinavor Summer English Course
September English Course
October English Course
Kursdauer 2 bis 4 Wochen
Das Essen ist vegetarisch

Das Mindestalter: 28 Jahre
Auskünfte und Anmeldung bei

Auskünfte und Anmeldungen bei
Lynn Rawlinson
info@english-on-dartmoor.com
Telefon: 0044 1364 73117

Abstimmungsparole

Fusionsvertrag Littau/Luzern

JA

Grüne Politik morgen und übermorgen

Die internationale Generation

Christian Sager, Mitglied Junge Grüne, Luzern

Die Grünen sind eine Wertepartei: Was uns vereint, ist der Glaube an Grundwerte wie Ökologie, Nachhaltigkeit, Chancengleichheit und Solidarität. Wie genau aber diesen Werten am meisten Beachtung zu verschaffen ist, darüber divergieren die Meinungen auch innerhalb unserer Partei.

Wir leben in einer Gesellschaft, in welcher die Menschen so gebildet, so reich, so mobil sind wie noch nie zuvor. Damit ist es für uns schwierig geworden, an Werte zu glauben, die absolute Gültigkeit beanspruchen: Wir wissen zu viel, um noch etwas zu glauben.

Die Generation meiner Grosseltern musste im Zweiten Weltkrieg ihr Wertesystem mit Waffengewalt verteidigen, jene meiner Eltern riss 25 Jahre später verkalkte Gesellschaftsstrukturen mit bewundernswerter Schaffenskraft nieder und schuf auf den Trümmern eine neue, bessere Welt. In dieser besseren Welt ist unsere Generation aufgewachsen. In einer Welt, die jene, welche sie geschaffen hatten, auch schon mal als das einzig Erstrebenswerte, ja gar «das Ende der Geschichte» bezeichneten: Nach den sozial-marktwirtschaftlich-ökologischen Demokratien der frühen 1990er Jahre könne nichts Besseres mehr kommen, sagt die Generation vor uns und bemitleidet uns als hedonistische Nihilisten, die nun halt den Niedergang der Welt erleben.

Dass die Menschen mit dem Älterwerden einen Hang zum Pessimismus und zur Idealisierung der Vergangenheit entwickeln, ist nicht neu. Und dass die Generationen einander nicht immer verstehen, muss wohl so sein. Dennoch möchte ich versuchen, ein Bild zu zeichnen von der vielleicht grössten Aufgabe unserer Generation, und davon, was diese Aufgabe für grüne Werte bedeutet. Es ist das Bild einer internationalen Generation.

Wir leben in einer Weltgesellschaft

Wir leben in einer Welt, in der Grenzen zunehmend unbedeutender werden. Wir sind zu einer Weltgesellschaft geworden, interdependent vernetzt und darum auch verwundbar für Katastrophen. Nur mehr bedingt können heute auf lokaler oder nationaler Ebene Lösungen gefunden werden, denn die Wurzeln mancher Herausforderungen, denen wir

in Luzern begegnen, liegen gerade nicht hier. Ich glaube nicht, dass es viel nützt, lokal für GATS-freie Zonen zu kämpfen. Wir sind Teil einer internationalen Gesellschaft – selbst wir Grünen.

Global denken – lokal handeln?

Der urgrüne Grundsatz vom globalen Denken und dem lokalen Handeln stammt aus den 1980er Jahren. Er hat seine Gültigkeit weitgehend verloren. Unsere Generation muss den Problemen der Zeit dort begegnen, wo sie im Zuge der ökonomischen Globalisierung entstehen.

Wir müssen politisch international handlungsfähig werden, soll die Politik wieder agieren und nicht bloss auf wirtschaftliche Sachzwänge reagieren können. Wer heute für Werte einstehen will, der muss es auf jener Ebene tun, auf der die Wirtschaft denkt. Denn nur so haben wir eine Chance, den Leviathan des längst souverän gewordenen globalen Marktes an die Leine zu nehmen.

Das Gefühl «Wir Europa»

Ende April war ich in Aserbaidschan am Treffen des Europäischen Jugendforums, eines Jugendrates. Die Schweiz sitzt dort zwischen Moldawien, Frankreich, Portugal und Katalonien. Und man ist Europas Jugend. Der gemeinsame Wille, die Herausforderungen anzupacken, ist spürbar. Grenzen und Unterschiede werden verschwindend klein, wenn man sieht, dass es auch in Moldawien Menschen hat, die sich die gleichen Sorgen machen wie wir. Diese Aufbruchstimmung, dieses unbeschreibliche Gefühl: Wir EUROPA – das ist es, was wir brauchen, wenn wir weiterkommen wollen.

Dann wird nämlich keiner mehr das Ende der Geschichte herbeireden, sondern anerkennen, dass höchstens das Ende einer Denkkategorie ansteht: das Ende des liberalen Nationalstaates. Und wir bauen endlich gemeinsam an einem verantwortungsbewussten Europa, Keimzelle für einen solidarischen Weltstaat, ein offenes Haus der Völker und Kulturen.



Christian Sager gestaltete am 7. Mai das Jahreszeitenpalaver «Frühling» zum Thema «Grüne Politik – Kernthema und Werte».

Wichtige Projekte für die Stadt Luzern

Grüne Ideen sind erfolgreich

Christa Stocker, Fraktionspräsidentin Grüne Stadt Luzern

Politik ist harte Knochenarbeit. Erfolge helfen, motiviert für grüne Ideen einzustehen. In den vergangenen Jahren konnte die grüne Fraktion mit überwiesenen Vorstössen wichtige Projekte für eine ökologischere und sozialere Stadt ins Leben rufen.

Die Einführung der Schulsozialarbeit für alle Klassenstufen und der zweijährige Kindergarten sind erfolgreiche Beispiele aus der Praxis. Mit guten Ideen macht die grüne Fraktion eine konstruktive und erfolgreiche Politik. Viele Vorstösse wurden in Zusammenarbeit mit der SP oder mit bürgerlichen Fraktionen erarbeitet. Denn nur wer Mehrheiten für eine Idee gewinnen kann, hat Erfolg.

Cony Grünenfelder leitet das Parlament seit dem letzten Herbst kompetent, fair und mit einer Prise Humor. Sie ist für uns Grüne eine wichtige Botschafterin, da sie an vielen verschiedenen Anlässen mit den unterschiedlichsten Menschen zusammentrifft und immer wieder vermittelt, dass wir Grünen uns engagiert für die Menschen in dieser Stadt einsetzen.

Wer den Parlamentsbetrieb nicht nahe verfolgt oder sich an der Ratsberichterstattung der Neuen Luzerner Zeitung orientiert, erfährt kaum, was auf dem politischen Parkett der Stadt Luzern alles geleistet wird. Die Grünen bringen ihre vielfältigen Ideen für eine lebenswerte Stadt mit politischen Vorstössen

ein. Eingereichte Vorstösse werden vom Stadtrat bearbeitet. Er formuliert in einer Antwort eine Empfehlung zur Ablehnung oder zur Annahme, die dem Parlament vorgelegt wird. Es ist uns in wichtigen Fragen immer wieder gelungen, zum Teil auch gegen den Willen des Stadtrates Vorstösse zu überweisen.

Philipp Federer hat sich erfolgreich für eine Erweiterung der Begegnungszone im Bereich Bahnhofstrasse/Hirschmatt engagiert. Der Stadtrat ist bereit, die grünen Anregungen bei der Strassengestaltung zu berücksichtigen und die Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen zu verbessern. Durch die Umgestaltung des Helvetiaplatzes hat das Quartier ein pulsierendes «Herz» erhalten. Uns ist es ein Anliegen, das ganze Quartier für FussgängerInnen und VelofahrerInnen aufzuwerten.

Hans Stutz und Christa Stocker setzen sich seit Jahren dafür ein, dass alle Kinder auf freiwilliger Basis den zweijährigen Kindergarten besuchen können. Bis vor einigen Monaten entschieden nicht pädagogische oder soziale Aspekte, ob ein Kind frühzeitig aufgenommen wird, sondern die quartierbedingten Kapazitäten in den Kindergärten. Im letzten Jahr waren 60 % der angemeldeten Kinder, die nicht aufgenommen werden konnten, fremdsprachig. Neu muss die Stadt allen Kindern den zweijährigen Kindergarten ermöglichen, wenn die Eltern dies wünschen. Mit unserem Vorstoss, den wir zusammen mit Lathan Sun-



M V ■

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

Mietprobleme | Einzug-Auszug | Wohnungsabnahmen
Mängel in der Wohnung | Mietzins-Check | Literatur

Werden Sie Mitglied! Wir unterstützen und beraten Sie!

Telefon 041 220 10 22

www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g !



Die grüne Fraktion im Grossen Stadtrat: Cony Grünenfelder, Philipp Federer, Hans Stutz, Christa Stocker, Korintha Bärtsch, Agatha Fausch, Edith Lanfranconi, Katharina Hubacher.

tharalingam von der SP eingereicht haben, konnte die Schliessung des Steinhof- und des St. Karli-Kindergartens verhindert werden.

Korintha Bärtsch, unsere engagierte Vertreterin der Jungen Grünen, bringt immer wieder die Anliegen der jungen Generation ein. Das Parlament nimmt den Vorstoss für die Einführung eines «Midnight Basket» entgegen. Mit dem «Midnight Basket» wird für Jugendliche ein nichtkommerzielles altersgerechtes Freizeitangebot bereitgestellt. Das Projekt hat sich in anderen Schweizer Städten bewährt, ja sogar zu einem richtigen Highlight entwickelt.

Mit der überwiesenen Motion «Kinderkrippen für alle Stadtquartiere» hat **Agatha**

Fausch ein gesellschaftspolitisch wichtiges Anliegen erfolgreich eingebracht. Im stadtträtlichen Planungsbericht zur Weiterentwicklung der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der vom Parlament im letzten Jahr abgesegnet wurde, wird der Ausbau der Kindertagesstätten im Detail aufgezeigt.

Die Schaffung und der Erhalt von Stellen für leistungsschwächere Mitarbeitende und Lehrlinge liegt **Edith Lanfranconi** am Herzen. Mit einem überparteilichem Postulat wurde vom Stadtrat ein breites Engagement eingefordert. Edith Lanfranconi ist überzeugt, dass der Staat der Wirtschaft mit gutem Beispiel vorgehen muss.

Der nächste heisse Sommer kommt bestimmt. Die grüne Fraktion setzt sich für die Umwelt ein. **Katharina Hubacher** hat den Stadtrat mit zwei überwiesenen Postulaten dazu verpflichtet, bei regelmässigen Überschreitungen der Luftreinhaltegrenzwerte (insbesondere Feinstaub) eigeninitiativ zu werden und nicht nur zögerlich auf kantonale Massnahmen zu warten.

Wir Grünen sind immer offen, neue Ideen von der Basis aufzugreifen. Wir mischen uns politisch ein, um Ideen zu lancieren und Lösungen zu ermöglichen. Die aktive Politik beinhaltet viel Fleissarbeit, gilt es doch viele Berichte zu lesen, Lobbyarbeit zu machen und gemeinsame Haltungen und Strategien zu erarbeiten. Es macht deshalb grosse Freude, mit erfolgreichen Vorstössen das Gesicht unserer Stadt mitzuprägen.



Oeko-Hotel Gruebismalm/Rigi

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern.

Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

Hotel Gruebismalm/Rigi, Familie Schaub
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70
email: oeko-hotel-gruebismalm-rigi@bluewin.ch

Vorstoss der L2O zur Lenkung elektrischer Energie **Strom sparen, Photovoltaik fördern**

Heiri Schwegler, Einwohnerrat L2O, Horw

Energie ist zurzeit das Polit-Thema Nummer eins. Bei allen Parteien schiessen die EnergieexpertInnen wie Morcheln nach einem milden Frühlingsregen aus dem Boden. Zwar werden verschiedenste Strategien und Szenarien andiskutiert, es wird aber (noch) tunlichst vermieden, allzu konkret zu werden.

Eines ist klar: Die meisten Methoden zur Energieerzeugung haben irgendwelche unerwünschten Nebeneffekte zur Folge. Grosskraftwerke setzen CO₂ frei oder produzieren radioaktiven Müll, und gewisse erneuerbare Energiegewinnungsformen beeinträchtigen das Landschaftsbild.

Die beste wirklich klima- und landschaftsneutrale Energie ist die nicht verbrauchte, also die gesparte Energie. Deshalb will die L2O mit ihrer Motion «Lenkung elektrischer Energie» den Horwer Gemeinderat dazu verpflichten, in seinem Einflussbereich Anstrengungen zu unternehmen, damit auf die Stromproduktion von Grosskraftwerken möglichst verzichtet werden kann.

Erneuerbare Energien zu fördern ist auch für ein kommunales Gemeinwesen gut möglich.



Die L2O findet, dass Horw aus folgenden Gründen diese Herausforderung annehmen und zukunftsgerichtete Massnahmen umsetzen soll:

- Mit der Hochschule Technik und Architektur hat Horw ein Kompetenzzentrum, das im Energiebereich schweizweit eine führende Rolle innehat. Eine Zusammenarbeit drängt sich hier direkt auf.
- Erhoffter Nebeneffekt: Dank dem Zusammenspiel zwischen Privatwirtschaft und Forschung könnten in Horw neue Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe entstehen.
- Das Horwer Gemeindegebiet ist mehrheitlich gut besonnt und damit für die Nutzung von Sonnenenergie geeignet.

Nachfrage nach Photovoltaik steigt

Die Photovoltaik kann technisch gesehen am besten mit dem Energieverbrauch gemessen bzw. verglichen und verrechnet werden. Im Vordergrund steht, dass der mit der Sonne gewonnene Strom möglichst in das bestehende Stromnetz eingespeist wird. Im Moment ist die Photovoltaik, bedingt durch die kleine Nachfrage, im Vergleich noch teurer; dennoch können die Investitionen innert zwanzig Jahren amortisiert werden. Die Aussichten, dass die Kosten dank höheren Verkaufszahlen sinken werden, stehen gut. Fachleute sehen in der Photovoltaik die erneuerbare Energie mit der grössten Wachstumsmöglichkeit.

Wie finanzieren?

Die Energieunternehmen entrichten jährlich leistungsabhängige Konzessionsgebühren von über 500'000 Franken an die Gemeinde Horw. Leistungsabhängig heisst: Je mehr elektrischer Strom in Horw verkauft wird, desto mehr Konzessionen erhält die Gemeinde. Diese proportionale Abhängigkeit widerspricht den Energiesparzielen, und es bietet sich direkt an, die Gebühren zweckgebunden der alternativen Energienutzung zugutekommen zu lassen. Deshalb sollen die nächsten Konzessionsverträge so ausgehandelt werden, dass die Energiesparziele auch wirklich unterstützt werden. Je mehr Energie die Gemeinde Horw einspart, desto vorteilhafter sollte es für alle Beteiligten sein.



Die Idee
von Ihnen

Das Holz
aus der Region

Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83
www.holzding.ch

Das neue Konzept «Schule mit Zukunft»

Heterogenität als Chance begreifen

Arnold Wyrsh, Schulpflegemitglied Emmen, Emmenbrücke

Ein Bildungsexperiment jagt das andere, und Evaluationen wie die Pisa-Studie werden instrumentalisiert, um die Innovationsmaschinerie in der Schule in Gang zu halten. Schlagworte prägen die Bildungsreformen: Chancengleichheit, Lernzeitreform, Illiteralität und und und ... Das neue Konzept «Schule mit Zukunft» des Kantons Luzern enthält fünf Entwicklungsziele, wovon Heterogenität ein besonders interessantes ist.

Fast alle Kantone lancieren zurzeit wieder Bildungsreformen, mentoriert von der schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Die EDK versucht auf diese Weise, Bestrebungen, die auf eine nationale Bildungspolitik hinauslaufen, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

«Schule mit Zukunft»

Das Konzept «Schule mit Zukunft» wurde vom Kanton Luzern im Januar 2006 initialisiert. Eine genauere Betrachtung des Konzeptes zeigt, dass im Umsetzungsteil vorwiegend Fehler aus früheren Programmen ausgemerzt werden sollen. So soll das Teilprojekt «Lehren und Lernen» vorrangig Defizite des Konzeptes «Geleitete Schulen» beheben.

Die Broschüre «Schule mit Zukunft» enthält fünf Entwicklungsziele, zeigt aber deren direkte Umsetzung nur vage auf. Das dritte Entwicklungsziel wird mit dem Begriff Heterogenität bezeichnet. Dieses Ziel hat ein Potenzial für Nachhaltigkeit und erfordert eine spezifische paradigmatische Sichtweise, die jene früherer Konzepte übersteigt.

Heterogenität in der Schule

Heterogenität (die Verschiedenartigkeit von Lernenden) ist in der Schule nichts Neues. Bisher wurde sie jedoch eher negativ wahrgenommen, und sie spielte eine wichtige Rolle in der Selektion. Allmählich setzt sich jedoch die Erkenntnis durch, dass Heterogenität auch ihre positiven Seiten hat – Heterogenität wird in der Schule zunehmend akzeptiert und zugelassen.

Vor diesem Hintergrund leisten nun so genannte spezielle Kinder einen spezifischen Beitrag für Lernprozesse. Es gilt nicht mehr «Sei still – du hast sowieso nichts beizutra-


gen!», sondern: «Was kann deine Wahrnehmung beitragen zum besseren Lernen von uns allen?»

Sind wir auf diese Sichtweise, Heterogenität als Chance wahrzunehmen, vorbereitet? Die unter Zeitdruck stehenden Lehrkräfte brauchen eine neue Gelassenheit, um Heterogenität zuzulassen und gut zu moderieren. Natürlich sind sie dazu kompetent – aber sie müssen sich die Bedingungen für dieses nachhaltige Lerngeschehen erst noch erstreiten, und sie müssen ihre Kompetenz konsequenter auf dieses Paradigma ausrichten.

Schule in Emmen

Für eine Gemeinde wie Emmen, die als Vorortsgemeinde seit je sehr heterogen ausgerichtet war, ist das schulische Entwicklungsziel Heterogenität eine Herausforderung. Wenn es aber gelingt, die Verschiedenheiten von Lernenden in der Schulwirklichkeit positiv zu begreifen, dann strahlt dies über die Schule hinaus aus. Auf diese Weise kann die Schule einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung einer Gemeinde leisten.





B I O
S U I S S E

EMMER BIOHOF

Franz und Maya
Helfenstein Probst
Oberhasli, 6032 Emmen
041 260 21 71
www.emmer-biohof.ch

Herzlich willkommen in unserem Hofladen!

Öffnungszeiten
Mo 16⁰⁰–18⁰⁰ Uhr
Mi 10⁰⁰–12⁰⁰ Uhr
Fr 14⁰⁰–18⁰⁰ Uhr frisches Brot/Zopf
Sa 10⁰⁰–12⁰⁰ Uhr

Gönnen Sie sich einen Rundgang in unserem Pflanzenlabyrinth!

Gründung der Amtsgruppe Sursee

Es grünt in Sursee und Umgebung

Christoph Meyer, Gründungsmitglied Amtsgruppe Sursee, Luzern

Die Grünen Sursee haben endlich ihren langersehnten Grossratsstz! Mit der Wahl von Andreas Hofer ist eine lange Durststrecke zu Ende gegangen.

Die Aufbauarbeiten einer Orts- bzw. Amtsgruppe wurden in den letzten Jahren verschiedentlich in Angriff genommen – mit unterschiedlichem Erfolg. Endlich ist es gelungen! Eine aufgestellte und tatkräftige Gruppe hat sich zusammengefunden und sich vor den Grossratswahlen formiert. Herzlichen Dank an alle, die in irgendeiner Art und Weise zum Gelingen beigetragen haben – nicht zuletzt denjenigen, die in den letzten Jahren nicht nachgelassen und immer wieder einen Anlauf genommen haben und allen, die uns mit Rat und Tat zur Seite gestanden sind.



anstehenden Regierungsratswahlen Thema. Nach dem Brunch schauten sich Interessierte den Politfilm «Mais im Bundeshuus» an. Wir wünschen der Amtsgruppe Sursee weiterhin viel Erfolg und Zuversicht!



Gründung mit Podium und Film

Die Gründungsversammlung am 4. März 07 war trotz herrlichstem Wetter ausserordentlich gut besucht – auch viele Freunde von der SP Sursee und der CSP erschienen, was uns sehr freute.

Ein kurzes Podium mit Regierungsratskandidatin Rosa Rumi (Grüne), Regierungsratskandidat Olivier Dolder (Junge Grüne), Louis Schelbert, Nationalrat, und Andreas Hofer, Grossratskandidat und Gründungsmitglied, gab Einblicke in die Entstehungsgeschichte und die politische Traktandenliste in Luzern und Bern. Nicht zuletzt waren natürlich die



Die mag mich!

www.xundheit.ch

Xundheit

versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstr. 28, 6002 Luzern, Tel. 041 227 77 77



Die **Aldisierung** schreitet weiter voran. Nachdem Aldi in Schötz eine Filiale eröffnete, soll eine weitere Filiale in Menznau gebaut werden. Zum Glück regt sich dort Widerstand. Billiger heisst nämlich auch weniger regionale Produkte und mehr Herumkarren – stop it!

Der fleissige «Veloaktivist» Roman Heer hält präzise Unterschiede fest. **Seine Bilder sprechen Bände.** Unter dem Titel «Auch Luzern sorgt sich ums Klima» kontert er. Tausende bewegen sich in Luzern mit dem Velo und sorgen so für ein besseres Klima. Hunderttausende von Franken spendiert die Stadt jedoch für ein besseres Klima beim Autoverkehr – die Parkhauslobby lässt grüssen. Die Veloparkplätze rund um den Bahnhof Luzern sind chronisch überstellt. Statt hier etwas zu verbessern, wird die Autoverkehr-Infrastruktur beim Bahnhof-Parking für viel Geld «modernisiert». Alleine das Jumbo-Werbepplakat kostet so viel wie eine Reihe regengeschützter Veloparkplätze.

Wahlnachlese: Anstatt zu politisieren, hat die Chance21 gezaubert. «Sumud statt Flux» hiess das **Zauberwort** und flutsch, war die Chance21 weg.

Rührige JCVP-Mitglieder: Sie schreiben, als ob sie Grüne wären. Mit ihrer Forderung nach einem 60/60-Familienmodell und nach einer konsequenten Förderung des öffentlichen Verkehrs könnten sie **glatt als Grüne durchgehen.** Wem aber nützen die Stimmen, die an sie gehen? Der CVP und dem strassenbaulastigen Verkehrsprogramm. «Der öffentliche Verkehr muss zwingend gefördert werden.» Ja, meinen wir, aber nicht als Support für die betonlastige CVP.

Die FDP liess sich nach den Grossratswahlen als Gewinnerin feiern. Betrachten wir jedoch die Zahlen, so hat die FDP Parteistimmen verloren, auch wenn sie durch Glück einen Sitz dazugewonnen hat. Ihr **Wahlprogramm enthielt viele Nullaussagen.** Das Parteiblatt der FDP («Luzerner Freisinn» vom 28. 3. 07) widmete sich im März Fabienne Louves und brachte eine Homestory über deren Grosseltern. Die FDP hoffte wohl, dass etwas vom Glanz des MusicStars auf sie fallen würde. Ein Musikgehör hat sie trotzdem nicht. Stramm wurde bei den Musikschulen zugunsten von Steuersenkungen gespart!

Die Parteistärke der FDP entspricht gemäss dem Amt für Statistik dem tiefsten Wähleranteil seit vierzig Jahren, bei der CVP dem zweitiefsten. Sowohl die SP als auch die Grünen haben 2007 den zweithöchsten Anteil in ihrer Geschichte erreicht! **In der Stadt Luzern haben wir Grünen mit 18,31 % das beste Resultat seit je bei Grossratswahlen erreicht.**

Impressum

Herausgeber und Inserateverkauf

Grüne Luzern, Neustadtstrasse 34,
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5
Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Redaktion

Jürg Aebi, Heinz Bähler, Natalie Kamber,
Michael Töngi

Korrektorat

Nina Ceresa

Inserate

Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Fotos

Jürg Aebi, Jonas Ott, Christoph Meyer

Konzept, Gestaltung und Druck

Gegendruck GmbH,
Neustadtstr. 26, 6003 Luzern
Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37

Erscheinung

5x im Jahr, Auflage 1450 Exemplare

Abonnement

Ein Jahr Fr. 30.– Abo

Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

Redaktionsschluss

RundBrief 3/2007, 18. Juni 2007

Der kantonale Vorstand braucht neue Mitglieder

Alle 3 Wochen am Montagabend

Interview von Heinz Bähler, RundBrief-Redaktion, Luzern

Von den acht Leuten, die zurzeit regelmässig im kantonalen Vorstand mitarbeiten, werden sich in den nächsten Monaten mindestens drei zurückziehen. Der Vorstand ist im Umbruch und sucht neue Mitglieder. Heinz Bähler von der RundBrief-Redaktion hat mit Heidi Rebsamen, einem langjährigen Vorstandsmitglied, und Natalie Kamber, Sekretärin der Grünen Luzern, ein Gespräch geführt: Worin besteht die Vorstandsarbeit konkret? Wie oft trifft man sich, und was ist an der Mitarbeit besonders befriedigend?



HB: Heidi Rebsamen, du arbeitest seit einigen Jahren im Vorstand mit. Wie viele Stunden investierst du durchschnittlich pro Woche in die Vorstandsarbeit?

HR: Ich arbeite schon seit Jahren im Vorstand mit. Als überzeugte Grüne zähle ich keine Erbsen, folglich kann ich keine Auskunft geben darüber, wie hoch das zeitliche Engagement ist. In der Tat ist es mal mehr, mal weniger. Die Vorstandsgruppe ist immer auf individuelle Bedürfnisse eingegangen. Allerdings werde ich nun, da ich in den Grossen Rat gewählt worden bin, die Vorstandsarbeit aufgeben. Ich möchte Platz für neue Leute machen und hoffe, dass wir auch einige Frauen finden werden.



Heidi Rebsamen

HB: Natalie Kamber, wie organisiert sich der Vorstand? Wie oft trifft er sich beispielsweise?

NK: Der Vorstand trifft sich alle drei Wochen am Montagabend, ausgenommen in den Schulferien. Die Geschäftsleitung legt zuvor die zu besprechenden Themen fest. Dank der Geschäftsleitung, die sich um Organisatorisches, die Führung des Sekretariats usw. kümmert, kann sich der Vorstand auf die politischen Inhalte und auf strategische Fragen konzentrieren. Er denkt voraus, setzt Schwerpunkte, kurz: Er hält das Schiff der Grünen Luzern auf Kurs.

HB: Wo hast du, Heidi, Schwerpunkte gesetzt? Warst du für ein Ressort zuständig, hast du Referenden und Initiativen vorbereitet oder Kontakte zu anderen Organisationen hergestellt?

HR: Ich habe mich auf die inhaltliche Mitarbeit beschränkt und habe jeweils aus den Sitzungen des nationalen grünen Vorstands berichtet, da ich dort ebenfalls Mitglied bin. Bei den Unterschriftensammlungen war ich mehr oder weniger aktiv. Ein gewöhnliches Vorstandsmitglied kann die Verantwortung für das Zustandekommen eines Volksbegehrens an das Präsidium delegieren. Hin und wieder habe ich auch kleinere organisatorische Arbeiten übernommen. Früher, als ich noch mehr Zeit hatte, habe ich auch Veranstaltungen organisiert. Dies liegt aber nicht mehr drin, seit ich in Bern arbeite.

Horw · St. Niklausen

Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.
Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

Ueli & Hof

Bio-Hof Mättwil · Tel. 041 342 05 46 · www.uelihof.ch



Natalie Kamber

HB: Als Sekretärin bist du, Natalie, bei allen Sitzungen des Vorstands dabei. Was sind für dich positive Aspekte der Vorstandsarbeit?

NK: Mir gefällt, dass die Sitzungen klar strukturiert sind. Dank der straffen Sitzungsleitung und der Traktandenliste gelingt es dem Vorstand, in rund zwei Stunden die wichtigsten aktuellen Geschäfte zu besprechen. Wenn es mal vorkommt, dass wir ein Thema länger diskutieren, steht am Ende ein klares Bild der Vorstandsmeinung. Ich finde, wer ehrenamtlich arbeitet, soll von klaren Abläufen und Strukturen profitieren können.

Wohltuend ist auch, dass der Vorstand nicht alles so ernst nimmt. An jeder Sitzung wird gelacht. Das ist wichtig, denn wir wollen ja nicht nur gute Arbeit leisten, sondern auch gerne an die Sitzungen kommen und gerne zusammen sein.

HR: Ja, als Organisation, die ausschliesslich mit Freiwilligen arbeitet, sind wir auf das individuelle Engagement angewiesen. Wir sind froh um jede und jeden, die sich bei uns engagiert!

HB: Einige langjährige Mitglieder werden in den nächsten Monaten aus dem Vorstand zurücktreten. Aus diesem Grund sucht ihr Grüne, die sich eine Mitarbeit im Vorstand vorstellen können. Ist es möglich, bei euch zu schnuppern, und welche Anforderungen sollten Interessierte erfüllen?

NK: Natürlich ist es möglich, im Vorstand zu schnuppern und erst einmal an zwei, drei Sitzungen teilzunehmen, ohne sich gleich für ein regelmässiges Engagement zu verpflichten.

Zur zweiten Frage: Neue Vorstandsmitglieder sollten Interesse an der kantonalen Politik sowie Lust haben, in der Gruppe zu denken und aktuelle politische Fragen zu diskutieren, die uns Grüne besonders betreffen. Idealerweise sind Vorstandsmitglieder auch bereit, ein Stück Verantwortung zu übernehmen, beispielsweise indem sie unsere Partei in ei-

nem überparteilichen Abstimmungskomitee vertreten.

HB: Bei wem sollen sich Interessierte melden?

NK: Interessierte melden sich bitte beim Sekretariat (Tel. 041 360 79 66, lu@gruene.ch) oder bei einem Vorstandsmitglied, das der bzw. die Betreffende kennt. Aktuell sind im Vorstand Ali R. Celik, Philipp Federer, Katharina Hubacher, Peter Lerch, Heidi Rebsamen, Louis Schelbert, Eva Zihlmann, Co-Präsidentin Rosa Rumi und Co-Präsident Michael Töngi. Diese beantworten gern auch weitere Fragen.

HB: Ich danke euch für das Gespräch.

stattkino

ab 17. Mai
**GERHARD MEIER –
DAS WOLKENSCHATTENBOOT**
von Friedrich Kappeler

ab 24. Mai
TARNATION von Jonathan Caouettes

ab 31. Mai
JOSEPHSOHN – BILDHAUER
von Matthias Kälin & Laurin Merz

ab 7. Juni
EXILE FAMILY MOVIE
von Arash

ab 11. Juni
DREAMING BY NUMBERS
von Anna Bucchetti

ab 14. Juni
CINEMA, ASPIRINS & VULTURES
von Marcelo Gomes

ab 21. Juni
CONGO RIVER – BEYOND DARKNESS
von Thierry Michel

STATTKINO IM BOURBAKI PANORAMA LUZERN

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse
oder dem Monatsprogramm · www.stattkino.ch



RundBrief 2/07

Agenda

Juni

Datum	Zeit	Veranstaltung · Ort
Fr 01.	20.00	Sitzung Junge Grüne , Sekretariat Grüne Luzern
Sa 02		Nationaler Sammeltag Klimainitiative
Mo 04.	19.30	Kantonaler Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
Di 05.	19.30	Städtischer Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
Do 07.	19.00	Wahlgruppe Nationalratswahlen , Sekretariat Grüne Luzern
So 17.		Abstimmungssonntag
Mo 25.	19.00	Kantonaler Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
Mo 25.	20.15	Wahlgruppe Nationalratswahlen , Sekretariat Grüne Luzern
Di 26.	19.30	Städtischer Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
Mi 27.	19.00	Nomination NationalratskandidatInnen , Ort noch unbekannt

Juli

Datum	Zeit	Veranstaltung · Ort
Fr 06.	20.00	Sitzung Junge Grüne , Sekretariat Grüne Luzern
Mo 09.	19.00	Wahlgruppe Nationalratswahlen , Sekretariat Grüne Luzern
Mo 09.	20.00	Kantonaler Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern



RundBrief 2/07

Aktuell

Wahlsonntag 13. Mai 2007

2. Wahlgang Regierungsratswahlen

21.5% der Luzerner Wählerinnen und Wähler haben am Sonntag, 13. Mai für Rosa Rumi gestimmt. In den Gemeinden Luzern, Sursee, Alberswil, Ohmsental und Wilkon reichte es ihr für den 2. Platz. Wir Grünen danken Rosa herzlich für ihren tollen Wahlkampf, der vom rauhen Luzerner Politalltag eingeholt wurde. Die SVP wurde zwar aus der Regierung gekippt, doch der Klimawandel im Regierungsrat wurde deutlich verpasst.

